

Fortdauernde Integrationskonkurrenz 21.05.2015

RIGA/BERLIN (Eigener Bericht) - Mit dem heute in Riga beginnenden Gipfel der "Östlichen Partnerschaft" setzt die Europäische Union ihren Machtkampf gegen Russland in Osteuropa fort. Die Ukraine-Krise, eine erste Folge dieses Machtkampfs, hat zwar in Berlin und anderen Hauptstädten in der EU Diskussionen um taktische Modifizierungen der "Europäischen Nachbarschaftspolitik" ausgelöst, aber zu keinem prinzipiellen Umdenken geführt. In der Praxis bleibt es beim Ziel einer, wie es die Bundesregierung formuliert, "beispiellosen politischen und wirtschaftlichen Annäherung" - flankiert lediglich durch einige rhetorische Beschwichtigungsformeln an die Adresse Russlands. Verstärkte diplomatische Kontakte gab es im Vorfeld des Rigaer Gipfels vor allem mit Weißrussland und Georgien: Die EU will Belarus, das lange fast exklusiv mit Russland kooperierte, von Moskau lösen, Georgien, das bereits einen Assoziierungsvertrag unterzeichnet hat, noch enger anbinden. In Moldawien verstärkt sich unterdessen der Konflikt um die außenpolitische Orientierung des Landes.

Entschlossenheit demonstrieren

Schon die Gründung der "Östlichen Partnerschaft" im Jahr 2009 war auf ernste Einwände von russischer Seite gestoßen. Moskau kritisierte die Brüsseler Initiative, die Beziehungen zur Ukraine, Belarus, Moldawien, Georgien, Armenien und Aserbaidschan zu intensivieren, als Festigung der EU-Einflusszone in Osteuropa. Beamte des russischen Außenministeriums warnten, diese Politik zwinge die betreffenden Staaten, zwischen der Europäischen Union und Russland zu wählen. Die Ukraine hat diese Wahl 2013 zerrissen. Trotzdem hält die EU unverdrossen an ihrem Ansatz fest. Zum heute beginnenden Gipfel der "Östlichen Partnerschaft" im lettischen Riga erklärte der Europäische Rat, das Treffen werde der Union "die Gelegenheit bieten, ihre Entschlossenheit zur Fortführung enger, differenzierter Beziehungen zu ihren unabhängigen und souveränen östlichen Partnern unter Beweis zu stellen".[1]

Beschwichtigungsformeln

Auch die Bundesregierung arbeitet weiter an dem "Ziel der beispiellosen politischen und wirtschaftlichen Annäherung" der Länder der "Östlichen Partnerschaft" an die EU.[2] Sie bemüht sich mit Blick auf die Entwicklung in der Ukraine lediglich, dieses Ziel mit rhetorischen Beschwichtigungsformeln an die Adresse Russlands zu verbinden. So erklärte Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier: "Eine bessere Zukunft für unsere Nachbarn liegt nicht im Entweder-Oder, sondern im Sowohl-als-Auch."[3] Ähnliche Worte wählte Bundeskanzlerin Angela Merkel bei ihrer Regierungserklärung im März 2015. Die EU hatte sich in ihren Verhandlungen mit der Ukraine über das Assoziierungsabkommen allerdings genau dieser Ausschließlichkeitslogik befleißigt. "Es ist eine Entweder-Oder-Entscheidung", stellte der damalige Kommissionspräsident José Manuel Barroso unmissverständlich klar.[4] In der Praxis gilt das bis heute. Nachdem etwa Armenien dem Druck Russlands nachgegeben hatte und der Eurasischen Zollunion beigetreten war, kam für das Auswärtige Amt ein Assoziierungsabkommen mit dem Land nicht mehr in Frage: "Eine Mitgliedschaft in der Zollunion" sei "mit einem EU-Freihandelsabkommen nicht kompatibel", hieß es.[5]

Direktinvestitionen

Dass die ökonomische Anbindung bei der "Östlichen Partnerschaft" im Mittelpunkt steht, hatten Frank-Walter Steinmeier, sein französischer Amtskollege Laurent Fabius und der damalige polnische Außenminister Radosław Sikorski bereits im April 2014 in einer gemeinsamen Erklärung bestätigt: "Die Unterstützung der EU", hieß es, "muss sich auf Strukturreformen konzentrieren, die den demokratischen Übergang erleichtern und ein attraktives Umfeld für Unternehmen und ausländische Direktinvestitionen schaffen. Alle einschlägigen Instrumente sollten hierfür mobilisiert werden."[6] Die fünf Monate später unterzeichneten Assoziierungsabkommen zeigen hier zumindest im Hinblick auf Moldawien und Georgien schon Erfolge: Zwischen September 2014 und Anfang 2015 stieg das Handelsvolumen mit der EU im

Vergleich zum Vorjahreszeitraum um jeweils 20 Prozent.

Erlar in Minsk

Im Vorfeld des Gipfels von Riga intensivierten Berlin und Brüssel vor allem die diplomatischen Kontakte zu Belarus. Das Land hat eine starke russische Minderheit und ein traditionell enges Verhältnis zu Moskau; doch Putins Ukraine-Politik und der Einbruch der russischen Wirtschaft haben die dortigen Eliten bewogen, sich wieder stärker an die EU anzunähern. Brüssel hat bereits im letzten Jahr Entgegenkommen signalisiert. Es hob einige Sanktionen gegen Belarus auf - im Gegenzug gegen die Versicherung des Präsidenten Aleksandr Lukaschenko, einen Dissidenten freizulassen. Überdies gestattete Brüssel Weißrussland, Anleihen in Euro zu begeben. Minsk kündigte zudem nach Informationen des die dortige Regierung beratenden "German Economic Team Belarus" an, die Koppelung der einheimischen an die russische Währung zu lockern. Es will den weißrussischen Rubel stattdessen an einen Währungskorb binden, der zu je 30 Prozent aus Euro und Dollar und nur noch zu 40 Prozent aus dem russischen Rubel besteht.[7] Darüber hinaus lud die Europäische Union einen Vertreter des Staates - Lukaschenko persönlich kommt wohl nicht - zum Treffen der "Östlichen Partnerschaft" in Riga ein. Fragen zu diesem Themenkomplex sowie zu den bilateralen Beziehungen erörterte Gernot Erlar, der Koordinator der Bundesregierung für die Zusammenarbeit mit Russland und den Ländern der Östlichen Partnerschaft, Anfang Mai mit Regierungsvertretern in Minsk. Darüber hinaus besuchte er die dortige Gedenkfeier zum 70. Jahrestag des Kriegsendes. Der zentralen russischen Feier zum Sieg über NS-Deutschland hingegen war Lukaschenko ebenso ferngeblieben wie Angela Merkel.

Berutschaschwili in Berlin

Auch mit Regierungsvertretern aus Georgien kamen bundesdeutsche Politiker vor dem Treffen in Riga zusammen. Am 5. Mai empfing Frank-Walter Steinmeier die georgische Außenministerin Tamar Berutschaschwili in Berlin. Hatte er das Land bereits zuvor dafür gelobt, "Justiz, Verwaltung und Grenzmanagement in bemerkenswerter Weise modernisiert" zu haben [8], so begrüßte der SPD-Politiker am Tag des Besuchs vor allem das Vorhaben, Georgien zu einem Drehkreuz der neuen "Seidenstraße" zu machen - einer Handelsroute aus Europa nach Ostasien, deren Verlauf über Georgien Russland ausschliesse. Berutschaschwili formulierte ihrerseits im Hinblick auf den Gipfel in Riga die Erwartung, die EU solle die Visapflicht für Georgier abschaffen oder zumindest für Einreise-Erleichterungen sorgen: "Es sind konkrete Fortschritte nötig, damit die Bevölkerung den Nutzen der Reformen sieht".[9] Zudem könne ein solcher Schritt auch die Position Georgiens im Konflikt mit Russland um die Provinzen Abchasien und Süd-Ossetien stärken, die sich von Tiflis losgesagt haben: "Wir erwarten, dass dadurch die georgischen Pässe attraktiver werden."[10] In Moldawien habe die Gewährung der Visafreiheit durch die EU einen solchen Effekt auf die Bewohner des abtrünnigen Transnistrien gehabt, unterstrich Berutschaschwili.

Alternativer Absatzmarkt

Die Bundesregierung bestätigt Letzteres in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Partei "Die Linke": Die besseren Reisemöglichkeiten kämen "insbesondere auch den Bewohnern der transnistrischen Region zugute".[11] Zum Einfuhrverbot für moldawische Agrarprodukte, das Russland verhängte, nachdem Moldawien sein Assoziierungsabkommen mit der EU unterzeichnet hatte, bemerkt die Große Koalition: "Mittelfristig bietet sich die EU als alternativer Absatzmarkt an." Das Bestreben des Landes, sich unabhängiger von russischen Energielieferungen zu machen, unterstützt Brüssel mit Subventionen. So finanzierte die EU die zwischen Iasi und Unggheni errichtete rumänisch-moldawische Erdgaspipeline mit; im vergangenen Jahr stellte der damalige EU-Energiekommissar Günther Oettinger auch Geld für eine Verlängerung der Leitung in Aussicht. Trotz dieser Anstrengungen sinken die Zustimmungswerte für die EU in Moldawien, dessen Armee-Angehörige regelmäßig an Ausbildungsprogrammen der Bundeswehr teilnehmen, seit einiger Zeit. Hintergrund sind Machenschaften derjenigen moldawischen Oligarchen, die das Land an die EU binden wollen (german-foreign-policy.com berichtete [12]). Die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung hatte mit Blick darauf festgehalten, die Annäherung Moldawiens an die EU könne "nicht ohne eine wirkungsvolle Informationspolitik einhergehen, um noch vorhandenen Zweifeln innerhalb der moldawischen Bevölkerung entgegenzuwirken".[13]

Drohende Zerreißprobe

Momentan erschüttert ein Banken-Skandal das Land. In den Protesten gegen die herrschende Korruption bekamen zuletzt Stimmen wieder stärkeres Gewicht, die Moldawiens Anschluss an Rumänien fordern. Die Spaltung des Landes, das einen

starken russischstämmigen Bevölkerungsanteil hat, vertieft sich auf diese Weise weiter. Der Machtkampf gegen Russland, den die EU in Osteuropa führt, droht damit nach der Ukraine noch weitere Länder der Region vor eine Zerreißprobe zu stellen - Moldawien, womöglich auch Belarus. Das heutige Gipfeltreffen der "Östlichen Partnerschaft" dürfte die "Integrationskonkurrenz" noch weiter befeuern.

[1] Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft in Riga. www.consilium.europa.eu.

[2] Die östliche Partnerschaft. www.auswaertiges-amt.de.

[3] Rede von Außenminister Frank-Walter Steinmeier im Deutschen Bundestag zur 2./3. Lesung zu den EU-Assoziierungsabkommen mit der Republik Moldau, Georgien und der Ukraine. www.bundestag.de 26.03.2015.

[4] Ukraine verspricht der EU rasche Reformen. www.welt.de 26.02.2013.

[5] Die östliche Partnerschaft. www.auswaertiges-amt.de.

[6] Die Partnerschaft mit den Nachbarn stärken: eine neue Dynamik für die Europäische Nachbarschaftspolitik - Erklärung der Außenminister des Weimarer Dreiecks. www.auswaertiges-amt.de 01.04.2014.

[7] Wirtschaftsausblick Belarus. Ausgabe 2, Mai 2015.

[8] Rede von Außenminister Frank-Walter Steinmeier im Deutschen Bundestag zur 2./3. Lesung zu den EU-Assoziierungsabkommen mit der Republik Moldau, Georgien und der Ukraine. www.bundestag.de 26.03.2015.

[9], [10] Georgien fürchtet russische Annexion von Landesteilen. www.kleinezeitung.at 05.05.2015.

[11] Deutscher Bundestag, Drucksache 18/3790.

[12] S. dazu [Moldawiens europäische Wahl](#) .

[13] Das Assoziierungsabkommen zwischen der Republik Moldau und der Europäischen Union ist unterschrieben. www.kas.de 04.07.2014.

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com